



Medienmitteilung

Thema	Lohnmodelle der Stadt Bern
Für Rückfragen	Michael Köpfli (Fraktionspräsident): 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	2. Februar 2012

Lohnerhöhungen: Grünliberale fordern zwei separate Vorlagen für Verwaltung und Gemeinderat

Die Grünliberalen nehmen zwar positiv zur Kenntnis, dass der Gemeinderat seinen eigenen Lohn weniger stark erhöhen möchte als bei seinem ursprünglichen Vorschlag, die Grundproblematik bleibt allerdings bestehen: Der Gemeinderat gefährdet mit seiner eigens beantragten Lohnerhöhung die dringend notwendige Anhebung des Lohndeckels für hochqualifizierte Kaderstellen der Stadt Bern. Anders als vom Gemeinderat vorgeschlagen, werden die Grünliberalen im Stadtrat deshalb beantragen, dass die Lohnerhöhung für den Gemeinderat in einer separaten Vorlage vors Volk kommt. Nur so hat das Volk die Möglichkeit, seinen Willen differenziert zum Ausdruck zu bringen.

Das oberste Ziel für die Grünliberalen ist und bleibt eine mehrheitsfähige Lösung für hochqualifizierte Kaderstellen in der Verwaltung. Die Lösung dieses Problems ist zentral, weil in der Verwaltung im Gegensatz zum Gemeinderat tatsächlich Rekrutierungsprobleme aufgrund des Lohnsystems existieren. Dies deshalb, weil für Kaderstellen im Gegensatz zu Exekutivpolitikern ein Arbeitsmarkt besteht, der massgeblich durch die Löhne gesteuert wird.

2 Abstimmungsvorlagen bei 2 Reglementen

Solange das Volk über eine Erhöhung der Löhne des Gemeinderates befinden kann, können sich die Grünliberalen damit einverstanden erklären. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die Anhebung des Lohndeckels für hochqualifizierte Kaderstellen der Verwaltung damit nicht gefährdet wird. Die Grünliberalen werden deshalb beantragen, dass das Volk in zwei separaten Abstimmungsvorlagen über die Lohnerhöhung für den Gemeinderat und die Verwaltung befinden kann. Nur so hat das Volk die Möglichkeit, seinen Willen differenziert zum Ausdruck zu bringen. Dies ist kein Problem, weil der Lohn für den Gemeinderat nicht im Personalreglement der Stadt Bern, sondern im Reglement über den Lohn, die Nebenbeschäftigungen und die Parlamentstätigkeit der Mitglieder des Gemeinderats geregelt ist.

Support aus der Wissenschaft

Der vom Gemeinderat stets wiederholte Grundsatz, dass Regierungsmitglieder mehr verdienen müssten als sämtliche Kaderstellen in der Verwaltung, teilen die Grünliberalen nicht. Erst vor wenigen Tagen meinte der Berner BWL-Professor Dr. Norbert Thom gegenüber den Medien, dass der automatischen Höherbezug der Magistraten ausser Kraft gesetzt werden müsse. Thom meinte weiter: "Es soll durchaus sein, dass der Lohn eines Angestellten, zum Beispiel eines hochrenommierten Spezialisten, höher ist als das Gehalt eines Regierungsrates." (vgl. http://www.bernerzeitung.ch/region/kanton-bern/Ueber-die-Lohnexzesse-der-Topmanager-habe-ich-mich-sehr-geaergert/story/21279980)

Das gilt aus Sicht der Grünliberalen nicht nur für den Kanton, sondern selbstverständlich auch für die Stadt Bern.